

Ute Hasenöbrl

„WEISSE KOHLE“ ODER „AUSBEUTUNG DER NATUR“?
KONFLIKTE UM DIE NUTZUNG DER WASSERKRAFT
IM (VOR-)ALPENRAUM AM BEISPIEL BAYERISCH-
ÖSTERREICHISCHER GRENZFLÜSSE

Einleitung

Regenerative Energieträger wie Wasserkraft, Solar- und Windenergie gelten heute als Hoffnungsträger und Motoren einer „grünen Energiewende“. Diese Erwartungen sind freilich nicht neu. Speziell mit der Wasserkraft waren seit ihrer energiewirtschaftlichen „Entdeckung“ im späten 19. Jahrhundert große Hoffnungen verbunden. Mit der „weißen Kohle“ schien eine ebenso dauerhafte wie saubere Energieform gefunden zu sein, die gerade in rohstoffarmen Regionen wie Bayern als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung wirken würde. Diese optimistische Sichtweise wurde jedoch nicht allgemein geteilt. Von Beginn an löste die Umgestaltung der Fließgewässer zu Energielandschaften heftige Proteste von Natur- und Heimatschützern aus, die von einer „Verschandelung der Heimatnatur“ sprachen – man denke etwa an die Opposition gegen die Anlagen Laufenburg am Rhein (1904-1914) und Walchensee in Oberbayern (1904-1918).¹ Dieses Spannungsverhältnis zwischen Energieerzeugung und Landschaftsästhetik war im (Vor-)Alpenraum besonders stark. Die in den Alpen entspringenden Nebenflüsse der Donau waren aufgrund ihres Gefälles und ihrer Wasserführung einerseits gut für die Errichtung von Wasserkraftwerken geeignet.² Andererseits galt die Bergwelt der Alpen mit ihren Bächen, Strömen und Wasserfällen seit dem 19. Jahrhundert aufgrund ihrer herausragenden landschaftlichen Schönheit als besonders schutzwürdig.³

Die Aushandlung dieser divergierenden Bedürfnisse und Belange gestaltete sich bei Grenzflüssen noch schwieriger als bei Fließgewässern, die nur einen Staat durchzogen – trafen hier doch nicht nur verschiedene sektorale Interessen, sondern darüber hinaus auch unterschiedliche nationale Ansprüche und Begehrlichkeiten aufeinander. Grenzflüsse sind damit als Untersuchungsobjekte von doppeltem Reiz:

¹ Linse, Ulrich: „Der Raub des Rheingoldes“. Das Wasserkraftwerk Laufenburg. In: *Ders./Falter, Reinhard/Rucht, Dieter* (Hgg.): Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte. Laufenburg, Walchensee, Wyhl, Wackersdorf. Berlin, Bonn 1988, 11-62. – Falter, Reinhard: Achtzig Jahre „Wasserkrieg“. Das Walchensee-Kraftwerk. In: *Linse/Falter/Rucht* (Hgg.): Konflikte um technische Großprojekte 63-127.

² Z.B.: Wasserkraftausnutzung in Bayern. Hrsg. v. Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Abteilung für Wasserkraftnutzung und Elektrizitätsversorgung. München 1926, I-XVI. – Staatsarchiv Augsburg (StAA): Landratsamt (LRA) Donauwörth 11248 (Elektrizitätsversorgung, Allgemeines, 1942-47). Rundfunkvortrag Wolf vom 24.10.1946.

³ Mathieu, Jon/Boscani Leoni, Simona (Hgg.): Die Alpen! Zur europäischen Wahrnehmungsgeschichte seit der Renaissance. Bern, Frankfurt/Main, Wien u. a. 2005.

zum einen verdichten sich hier transnationale Kooperation und Konflikte, zum anderen bieten sie sich für den Vergleich nationaler Akteure mit ihren Netzwerken, Handlungsstrategien, Diskursen und Naturbildern an. Beide Aspekte bilden in der Forschung zur Geschichte der Wasserkraft und des Naturschutzes in den Alpen ein Desiderat.⁴ Dieser Artikel bietet am Beispiel der Energieerzeugung an den bayerisch-österreichischen (Grenz-)Flüssen Salzach, Inn, Donau und Lech während der Nachkriegszeit einen ersten vergleichenden Überblick.⁵ Wie im Folgenden heraus-

⁴ Auseinandersetzungen um den Ausbau der Wasserkraft wurden bislang vorwiegend im Rahmen der Umweltgeschichte thematisiert: *Garbrecht*, Günther: Wasser. Vorrat, Bedarf und Nutzung in Geschichte und Gegenwart. Reinbek 1985. – *Falter*: Achtzig Jahre Wasserkrieg (vgl. Anm. 1). – *Bergmeier*, Monika: Umweltgeschichte der Boomjahre 1949-1973. Das Beispiel Bayern. Münster, München 2002. – *Hasenöbhl*, Ute: Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945-1980. Göttingen 2011. – *Ratbkolb*, Oliver/*Hufschmied*, Richard (Hgg.): Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld. Wien 2012. – Hier dominiert die Konfliktperspektive aber nicht so stark wie etwa bei der Atomkraft. Dagegen spielen technik- und unternehmensgeschichtliche Aspekte sowie die veränderten Funktionen und Wahrnehmungen von Flüssen eine wichtige Rolle: *Bayerl*, Günter (Hg.): Wind- und Wasserkraft. Die Nutzung regenerativer Energiequellen in der Geschichte. Düsseldorf 1989. – *Pohl*, Manfred: Das Bayernwerk: 1921 bis 1996. München, Zürich 1996. – *Fußl*, Wilhelm: Oskar von Miller 1855-1934. Eine Biographie. München 2005. – *Mauch*, Christof/*Zeller*, Thomas (Hgg.): Rivers in History. Perspectives on Waterways in Europe and North America. Pittsburgh 2008. – Ein weiterer Forschungsstrang beschäftigt sich mit der Wasserkraft als Teil der Geschichte der Energiepolitik: *Blaich*, Fritz: Die Energiepolitik Bayerns 1900-1921. Kallmünz 1981. – *Kok*, Franz: Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich. Vom Wachstumskonsens zur Krise. Baden-Baden 1991. – *Deutinger*, Stephan: Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie“. Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980. In: *Schlemmer*, Thomas/*Woller*, Hans (Hgg.): Bayern im Bund 1. Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973. München 2001, 33-118. – *Ehrhardt*, Hendrik/*Kroll*, Thomas (Hgg.): Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven. Göttingen 2012. – Die ökologischen Konsequenzen der Wasserkraftnutzung wurden ferner in vielen Publikationen des Naturschutzes und der Wasserwirtschaft diskutiert, teilweise unter Berücksichtigung einer historischen Perspektive: 100 Jahre Wasserbau am Lech zwischen Landsberg und Augsburg. Auswirkungen auf Fluß und Landschaft. Hrsg. v. Bayerischen Landesamt für Wasserwirtschaft. München 1984. – Geschichtliche Entwicklung der Wasserwirtschaft und des Wasserbaus in Bayern. Seminar am 24. April 1986. Hrsg. v. Bayerischen Landesamt für Wasserwirtschaft. München 1986. – Insgesamt dominieren Herangehensweisen aus nationaler Perspektive, ein vergleichendes Werk zur Wasserkraftgeschichte des gesamten Alpenraums existiert bislang ebenso wenig wie spezielle historische Untersuchungen zu Grenzflüssen. Für Österreich liegt seit kurzem ein Übersichtsband zur Geschichte der Wasserkraft seit 1880 vor: *Ratbkolb*/*Hufschmied* (Hgg.): Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft. – Für Bayern muss zumeist auf Aufsätze oder einzelne Buchabschnitte zurückgegriffen werden: *Deutinger*: „Lebensfrage für die bayerische Industrie“. – *Bergmeier*: Umweltgeschichte der Boomjahre 154-169. – *Hasenöbhl*: Zivilgesellschaft und Protest 114-162, 375-400.

⁵ Die Fallstudien entstanden im Rahmen meiner Dissertation zur Geschichte der bayerischen Naturschutz- und Umweltbewegung in der Nachkriegszeit: *Hasenöbhl*: Zivilgesellschaft und Protest (vgl. Anm. 4). Hierfür habe ich umfangreiche Bestände der bayerischen Staatsarchive sowie eine Reihe von Privatsammlungen ausgewertet. Für die österreichische Perspektive habe ich dagegen vorwiegend auf Sekundärliteratur zurückgegriffen. Der vorliegende Aufsatz fasst zentrale Forschungsergebnisse meiner Dissertation zusammen und

gearbeitet wird, besaßen die Grenzflüsse nicht nur unterschiedlich große Bedeutung für die Energiepolitik der beiden Nachbarstaaten. Ihre Bewertung als regionale Naturschönheiten und als Gemeinschaftsgüter variierte ebenfalls – im räumlichen Vergleich ebenso wie im Zeitverlauf. Dies zeigt sich besonders deutlich im Konflikt um die Salzach während der siebziger und achtziger Jahre. Diese Auseinandersetzung bildet daher die zentrale Fallstudie des vorliegenden Artikels. Gemeinschaftliche Initiativen von Energiewirtschaft, Kommunen oder Naturschützern – etwa zur Renaturierung der Flüsse – können ferner Hinweise auf ein grenzüberschreitendes Regionalbewusstsein bieten, das an kulturlandschaftlichen Objekten wie Flussläufen und Bergzügen und nicht an Staatsgrenzen ausgerichtet ist.

Der Umgang mit den Wasserläufen hing auch davon ab, um welche Art von Grenzfluss es sich handelte. Salzach, Inn und Donau sind die drei „echten“ Grenzflüsse zwischen Deutschland und Österreich. Die Salzach bildet auf einer Länge von 59 Kilometern die Staatsgrenze zwischen den beiden Ländern (von kurz hinter Salzburg bis zur Einmündung in den Inn bei Haiming). Der Inn ist zweimal Grenze, und zwar zwischen Kufstein und Erl (zwölf Kilometer) sowie von der Salzachmündung bis zur Donaumündung bei Passau (55 Kilometer). Schließlich bildet die Donau zwischen Passau und Jochenstein auf circa 21 Kilometern die deutsch-österreichische Grenze. Darüber hinaus kreuzen aber auch mehrere größere und kleinere voralpine Flüsse die Landesgrenze, darunter Lech und Isar. Während an den „echten“ Grenzflüssen Salzach, Inn und Donau in der Nachkriegszeit eine Reihe länderübergreifender Wasserkraftprojekte verwirklicht oder geplant wurde, gab es an diesen grenzüberschreitenden Flüssen keine derartigen Gemeinschaftsprojekte. Jedoch beeinflussten die Maßnahmen und Pläne der (zumeist österreichischen) Oberlieger die Handlungsspielräume der (zumeist deutschen) Unterlieger maßgeblich mit.

*Von der Energienot zum Wirtschaftsboom –
Die Wasserkraft als Motor von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder*

Die deutsch-österreichischen Grenzflüsse besaßen für die Energiepolitik Bayerns und Österreichs im Laufe der Nachkriegszeit unterschiedlich große Bedeutung. Ihre Verwendung als Energieträger hing allgemein von der Rolle der Wasserkraft bei der Energieversorgung des Landes sowie vom Ausbaugrad der für eine derartige Nutzung überhaupt in Frage kommenden Flüsse ab. Sie wurde darüber hinaus aber auch von „weichen“ Faktoren wie der Wahrnehmung der (Grenz-)Flüsse oder dem Umweltbewusstsein der Akteure beeinflusst.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten beide Länder ihre Bemühungen um die energiewirtschaftliche Nutzung der „weißen Kohle“ stark intensiviert. In den ersten Nachkriegsjahren stand zunächst die Linderung der herrschenden Energienot im Vordergrund. Ab Mitte der fünfziger Jahre bildete die Wasserkraft dann ein wesentliches Instrument, um den im Zeichen des „Wirtschaftswunders“ wachsenden

ergänzt diese in verschiedenen Punkten. Einzelne Abschnitte, vor allem zu den Konflikten um Lech und Salzach, wurden bereits im Rahmen anderer Artikel publiziert.

Energieverbrauch von Industrie, Gewerbe und Haushalten zu decken.⁶ Die Entscheidung für eine energiewirtschaftliche Nutzung der (Vor-)Alpenflüsse kam gerade in den vierziger Jahren nicht von ungefähr: In Bayern wie in Österreich bildete die Wasserkraft die einzige in nennenswertem Umfang verfügbare heimische Energiequelle.⁷ Externe Ressourcen, etwa Importkohle aus dem Ruhrgebiet, standen in dieser Zeit wegen der allgemeinen Kohleknappheit kaum zur Verfügung. Stromabschaltungen und -rationierungen sowie enorme Produktionsausfälle waren die Folge – für Bayern allein im Winter 1948/49 im Gegenwert von 250 Millionen DM. Auf dem Höhepunkt der Krise im Herbst und Winter 1947/48 konnten hier nicht einmal mehr Betriebe der Prioritätengruppe I wie Molkereien oder Kühllhäuser ausreichend mit Elektrizität beliefert werden.⁸ Um diese Engpässe zu überwinden und zugleich eine größere Unabhängigkeit von Brennstoff- und Elektrizitätsimporten zu erreichen, initiierten beide Staaten in den vierziger und fünfziger Jahren umfangreiche Energieprogramme, die maßgeblich auf Wasserkraft beruhten.⁹ Insbesondere Österreich wurde dabei großzügig mit Geldern des European Recovery Program („Marshallplan“) unterstützt, es erhielt in den Jahren von 1948 bis 1954 37 Prozent der bereitgestellten Programmmittel.¹⁰ Während sich der energiewirtschaftliche Fokus in Bayern aber im Laufe der fünfziger Jahre immer stärker auf Wärmekraftwerke auf Kohle-, Mineralöl- und Atombasis verschob,¹¹ blieb die Wasserkraft in Österreich

⁶ *Deutinger*: „Lebensfrage für die bayerische Industrie“ 40 f., 64 (vgl. Anm. 4).

⁷ *Kok*: Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich 61 (vgl. Anm. 4). – *Deutinger*: „Lebensfrage für die bayerische Industrie“ 34 (vgl. Anm. 4). – *Schmid*, Martin/*Veichtlbauer*, Ortrun: Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik. Innsbruck, Wien 2006, 30.

⁸ Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BHStA): Bayerische Staatskanzlei (StK) 14649 (Elektrizitätsversorgung, Bd. 1, 1945-47). Regierungsbaumeister München, Januar 1946. Derzeitige Probleme; StK 14650 (Elektrizitätsversorgung, Bd. 2, 1947). Wolf an Baumgartner vom 03.09.1947; Bayerische Landesstelle für Naturschutz (LfN) 37 (Berücksichtigung des Naturschutzes bei Planung, Bau und Betrieb von Kraftwerksanlagen). Oberste Baubehörde (OBB) an Kraus vom 31.03.1949. – StAA: LRA Donauwörth 11248. Rundfunkvortrag Wolf vom 24.10.1946.

⁹ Der 1948 erstellte Elektrizitätswirtschaftsplan war als großer Wurf geplant und sah vor, Österreich auf der Basis seiner Wasserkräfte in die „Kraftquelle Europas“ zu verwandeln. Die bayerische Oberste Baubehörde plante 1949 über sechzig neue Wasser- und Wärmekraftwerke mit 1,25 Millionen kW Ausbauleistung bei fünf Milliarden kWh Jahresarbeit. Die Alliierte Verwaltung für Wirtschaft hatte dabei in dem bis 1955 gültigen Energiegesetz der Energiewirtschaft Vorrang vor allen übrigen Verpflichtungen eingeräumt. Das ehrgeizige Vorhaben konnte aufgrund fehlender finanzieller Mittel allerdings nicht annähernd in die Tat umgesetzt werden. BHStA: LfN 37. OBB an Bezirksregierungen u. a. vom 22.01.1949; Kraus an Ehard vom 17.02.1949; OBB an Kraus vom 31.03.1949. – Hochlandbote vom 16.07.1949, 6. – *Kok*: Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich 18 ff. (vgl. Anm. 4). – *Deutinger*: „Lebensfrage für die bayerische Industrie“ 44-48 (vgl. Anm. 4). – *Schmid*/*Veichtlbauer*: Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung 32 (vgl. Anm. 7).

¹⁰ *Ebenda*. Die Summe belief sich auf drei Milliarden Schilling.

¹¹ Zwar stand im Zehnjahresplan für den Zeitraum von 1951 bis 1960 erneut die Wasserkraft im Vordergrund. Dabei sollten elf Wärme- sowie 68 Wasserkraftwerke gebaut oder erweitert werden, darunter der Speicher Roßhaupten am Lech, das Donaukraftwerk Jochenstein sowie der Sylvensteingroßspeicher. Jedoch rückte die bayerische Staatsregierung im Laufe der fünfziger Jahre angesichts des nun herrschenden Überangebots auf dem Energie-

die dominierende Form der Elektrizitätserzeugung.¹² Vor allem die in den fünfziger Jahren in Betrieb genommenen Kraftwerke Kaprun (1955) und Ybbs-Persenbeug (1957) galten geradezu als Symbole für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach 1945. Insbesondere der „Mythos Kaprun“ verkörperte einen expliziten Machtanspruch gegenüber der Natur, galt aber auch als Musterbeispiel für eine Allianz aus Landschaft und Technik. Das Kraftwerk Kaprun war so zugleich Chiffre der elektrischen Moderne und der Gestaltbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse.¹³

Die energiewirtschaftliche Nutzung der bayerisch-österreichischen Flüsse hatte in den ersten Nachkriegsjahren zwischen den beiden Nachbarländern einige Kontroversen hervorgerufen. Diese betrafen in erster Linie die grenzüberschreitenden Flüsse, wobei es um die möglichen Folgen der von österreichischer Seite geplanten Wasserableitungen und Stauseen für das Wasseraufkommen stromabwärts in Bayern ging. Beide Länder planten im gemeinsamen Wassereinzugsgebiet der Grenzregion unabhängig voneinander mehrere Kraftwerkprojekte, die sich zum Teil gegenseitig ausschlossen. So drohte die bayerische Rißbachüberleitung (von der Isar in den Walchensee) 1947/48 daran zu scheitern, dass die österreichische Tiroler Wasserkraftwerke AG beabsichtigte, die Isarzuflüsse Rißbach, Walchen und Dürrach in den Achensee zu überführen. Verbindliche völkerrechtliche Regelungen zu dieser Oberlieger-Untерlieger-Problematik gab es zu diesem Zeitpunkt nicht. Nachdem die beiden Landesregierungen selbst zu keiner Einigung kamen, wurde die Kontroverse schließlich durch eine Übereinkunft der Militärregierungen beendet. Österreich musste auf die Überleitung des Rißbachs verzichten, durfte im Gegenzug aber die Dürrach sowie einige kleinere Bäche entschädigungslos in den Achensee überführen.¹⁴

markt vom Ideal der Selbstversorgung wieder ab. Siehe Entwurf einer Denkschrift über den Ausbau der öffentlichen Elektrizitätsversorgung in Bayern (Zehnjahresplan 1951-1960). Hrsg. v. den Bayerischen Staatsministerien des Innern, der Finanzen und für Wirtschaft. München 1951. – *Deutinger*: „Lebensfrage für die bayerische Industrie“ 42-49 (vgl. Anm. 4).

¹² Bilanz elektrischer Energie in Österreich 1920-2009, http://www.e-control.at/portal/page/portal/medienbibliothek/statistik/dokumente/xls/strom/2009/BStGesJR1_Bil.xls (letzter Zugriff 16.01.2014).

¹³ *Kok*: Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich 20 ff. (vgl. Anm. 4). – *Rigele*, Georg: Das Tauernkraftwerk Glockner-Kaprun. Neue Forschungsergebnisse und offene Fragen. In: *Blätter für Technikgeschichte* 59 (1997) 55-94, hier 77 f., 84-87. – *Schmid/ Veichtlbauer*: Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung 26-35 (vgl. Anm. 7). – *Hufschmied*, Richard: Topoi und Realitäten. Identitäten und der Versuch einer Analyse. In: *Rathkolb/Hufschmied* (Hgg.): *Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft* 149-158 (vgl. Anm. 4). – *Rathkolb*, Oliver: NS-Erbe, Wiederaufbau, Marshallplan und das „Weiße Gold“ in den europäischen Netzwerken. In: *Ders./Hufschmied* (Hgg.): *Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft* 187-206 (vgl. Anm. 4).

¹⁴ BHStA: StK 13775 (Wasserrecht, 1947-52). OBB an Ehard vom 09.05.1947; Industry Branch, Economics Division, Office of Military Government for Germany an Industry Branch, Economics Division, Office of Military Government for Bavaria vom 17.06.1947; Österreichisches Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft an Wolf vom 14.11.1947; Vorläufiges Rechtsgutachten vom 21.01.1948; Ehard an Österreichische Bundesregierung vom 12.02.1948; OBB an Bayerischen Ministerrat vom 04.02.1948; Wolf vom 05.04.1948; Bayerisches Finanzministerium Mai 1948; Wolf vom 28.05.1948; OBB an Ehard vom 02.08.1948; Hochlandbote vom 13.01.1948.

Die Planung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Grenzflüsse Salzach, Inn und Donau verlief hingegen vergleichsweise harmonisch. Bereits 1909/10 hatten sich Österreich und Bayern in einem Staatsvertrag darauf geeinigt, sich die Verfügungsrechte an der Wassermenge der Grenzflüsse paritätisch zu teilen.¹⁵ Ihr Ausbau mit Kraftwerken und Staustufen erreichte in den fünfziger und sechziger Jahren seinen Höhepunkt. Zwei Regierungsabkommen zwischen Bayern und Österreich regelten das gemeinsam koordinierte Vorgehen. Das Regierungsabkommen vom 16. Oktober 1950 beinhaltete den Ausbau und die Nutzung der Wasserkräfte an Salzach und Inn. Die Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG (ÖBK), deren Aktionäre zu gleichen Teilen von der Österreichischen Elektrizitäts-Wirtschafts-AG und dem Freistaat Bayern gestellt wurden, konzentrierte sich dabei zunächst auf den wasserreicheren und energiewirtschaftlich lukrativeren Inn, während der Ausbau der Salzach zurückgestellt wurde.¹⁶ Für den Ausbau des gemeinsamen Donauabschnitts bei Jochenstein war die mit dem Regierungsabkommen vom 15. Februar 1952 gegründete Donaukraftwerk Jochenstein AG zuständig. Ihre Hauptaktionäre bildeten die Rhein-Main-Donau-AG sowie (abermals) die Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG.¹⁷ Die Finanzierung der Projekte sollte über das European Recovery Program sowie internationale Energieprogramme erfolgen. Die Staatsverwaltungen unterstützten die gemeinsame energiewirtschaftliche Nutzung der bayerisch-österreichischen Grenzflüsse durch eine wohlwollende Genehmigungspraxis.

Die zivilgesellschaftlichen Reaktionen auf den zum Teil massiven Ausbau der heimischen Wasserkräfte fielen in den beiden Ländern bis in die 1980er Jahre hinein durchaus unterschiedlich aus. Die Wasserkraftnutzung war in Österreich offenbar insgesamt weniger umstritten als in Bayern – bei den Naturschutzorganisationen und -behörden ebenso wie in der Bevölkerung. Im Freistaat stießen die geplanten Wasserkraftwerke dagegen selbst auf dem Höhepunkt der Energienot in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre wegen ihrer landschaftsästhetischen und -ökologischen Auswirkungen mitunter auf erheblichen regionalen Widerstand – und dies nicht nur von Seiten des Naturschutzes, sondern auch von den Kommunen und der betroffenen Bevölkerung (z. B. Partnachklamm 1946-1949, Rißbachüberleitung 1947-1949, Waginger See 1949-1951, Kraftwerkgruppe Wendelstein 1949/50 und 1953/54).¹⁸

¹⁵ BHStA: StK 14649. Wolf an StK vom 01.02.1946.

¹⁶ BHStA: LfN 38 (Berücksichtigung des Naturschutzes bei Planung, Bau und Betrieb von Kraftwerksanlagen in Oberbayern, 1949-65). Österreichisch-bayerisches Abkommen (ohne Autor, vom 21.10.1950). – Privataarchiv (PA) Paul Kastner (Burgkirchen): ÖBK (Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG) Oktober 1974. – Antwort Parlamentarischer Staatssekretär von Schoeler auf schriftliche Anfrage MdB Engelsberger (CDU/CSU). Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 42. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 15. September 1977. Plenarprotokoll 8/42, 3247. – Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 27.02.1975.

¹⁷ Süddeutsche Zeitung vom 06.02.1952, 5. – BHStA: LfN 40 (Berücksichtigung des Naturschutzes bei Planung und Bau des Donaukraftwerks Jochenstein (Niederbayern), 1949-64). Rhein-Main-Donau AG/Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG. Donaukraftwerk Jochenstein (o. J.). – *Deutinger*: „Lebensfrage für die bayerische Industrie“ 51 (vgl. Anm. 4).

¹⁸ Vgl. *Hasenöbrl*: Zivilgesellschaft und Protest 152-163 (vgl. Anm. 4).

Zwar kam es auch in Österreich zu massiven Protesten, etwa gegen die Ableitung der Krimmler Wasserfälle (immerhin mit 380 Metern Fallhöhe die höchsten Wasserfälle Europas) im Jahre 1952/53, für deren Erhalt im In- und Ausland 122 560 Unterschriften gesammelt worden waren.¹⁹ Insgesamt wurde die energiewirtschaftliche Nutzung der Wasserkraft hier aber bis Ende der sechziger Jahre gesellschaftlich weitgehend akzeptiert.²⁰

Die Rißbachüberleitung gehörte in Bayern zu den umstrittensten Umweltprojekten der ersten Nachkriegsjahre.²¹ Um die Kapazitäten des bestehenden Wasserkraftwerks zu erhöhen, sollte der in die Isar mündende Rißbach über eine 8,5 Kilometer lange Kanalstrecke in den Walchensee umgeleitet werden. Von dieser Maßnahme erhoffte sich der bayerische Staat jährlich 89 Millionen Kilowattstunden zusätzlichen Spitzenstrom, wodurch 80 000 Tonnen Ruhrkohle eingespart und Stromabschaltungen im Winter verhindert werden sollten.²² Das Projekt löste im gesamten Isarwinkel quer durch alle gesellschaftlichen Lager vehemente Proteste aus.²³ An einer Mitte 1947 von den Kommunen durchgeführten Unterschriftensammlung gegen die Rißbachüberleitung beteiligten sich in manchen Gemeinden mehr Bürger als an der vorjährigen Landtagswahl, insgesamt über 15 000 Personen.²⁴ Man befürchtete einen sinkenden Fluss- und Grundwasserspiegel an der Isar, die Auflan-

¹⁹ Die Protestkoalition zur Rettung der Krimmler Wasserfälle war gesellschaftlich breit aufgestellt und schloss neben sämtlichen Gemeinden des Pinzgau auch zahlreiche wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Organisationen ein, darunter den Verband alpiner Vereine Österreichs, den Österreichischen Naturschutzbund, den Österreichischen Alpenverein, das Institut für Naturschutz, die Zoologisch-Botanische Gesellschaft in Wien sowie die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Unterstützt wurde sie auch von Vertretern des bayerischen Naturschutzes wie dem Verein zum Schutze der Alpenpflanzen und -Tiere oder dem Naturschutzbeauftragten von Bayern, Otto Kraus. Im Zentrum der Proteste standen Aspekte des Heimatschutzes und des Fremdenverkehrs. *Wendelberger, Gustav*: Die Rettung der Krimmler Wasserfälle. Ein Rückblick. In: *Natur und Land* 11/12 (1953) 155-159.

²⁰ *Schmid/Veichlbauer*: Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung 37 (vgl. Anm. 7).

²¹ Zur Rißbachüberleitung siehe BHStA: StK 10317 (Rißbach-Projekt, 1946-49), 10318 (Rißbachüberleitung im Forstamt Fall (Lkr. Bad Tölz), 1958-68), 13775; LfN 39 (Berücksichtigung des Naturschutzes bei Planung und Bau des Sylvensteinspeichers (Oberbayern), 1948-62). – Staatsarchiv München (StAM): Regierung von Oberbayern (RO) 102807 (Wasserhaushalt, enthält Walchensee, Walchenseekraftwerk, Finzbach, Jungfinz, 1944, 1952-54), 102808 (Anlage des Sylvensteinspeichers, 1933-54); LRA Landsberg 193688 (Wiedererrichtung des Abflusswehres des Ammersees bei Stegen, Einsprüche der Landkreise Landsberg, Dachau, Starnberg, Fürstenfeldbruck, Freising, WM, 1953); LRA Garmisch-Partenkirchen 199586 (Rißbachprojekt und Folgen für den Naturschutz (Walchensee), 1947); LRA Tölz 165264 (Walchenseekraftwerk); 165365 (Walchenseekraftwerk). – *Falter*: Achtzig Jahre Wasserkrieg (vgl. Anm. 4).

²² BHStA: StK 13775. Rundfunkvortrag Wächter vom 30.05.1947.

²³ StAM: LRA Tölz 165319 (Einsprüche des Bezirks Tölz und Vorverhandlung zur Durchführung mit der Bayernwerk AG, 1946-48); LRA Garmisch-Partenkirchen 199586. – BHStA: StK 13775; LfN 39. – *Falter*: Achtzig Jahre Wasserkrieg 107-111 (vgl. Anm. 4).

²⁴ BHStA: StK 14650. Landrat Bad Tölz an Ehard vom 12.06.1947. – StAM: LRA Tölz 165320 (Vergleich der Stadt Bad Tölz und der Bayernwerk AG wegen Abfindung von Ansprüchen, Existenzgefährdung der Flößereien, Einspruch des luxemburgischen Konsuls, Protestkundgebung der Bevölkerung am 30.03.1947 in Tölz u. a., 1947-53).



Abb. 1: Wasserkraftanlagen in Bayern mit Ausbauleistung über 1000 KW; Stand 2012.

dung des Flussbettes, ein Versiegen der Jodquellen, Überschwemmungen und Rutschungen am Walchensee sowie eine Beeinträchtigung des Landschaftsbilds, die sich negativ auf den Fremdenverkehr auswirken könnte.²⁵ Organisation und Durchführung der Protesthandlungen gingen allerdings weniger von den betroffenen Bürgern selbst als von den kommunalen Funktionsträgern aus. Diese waren peinlichst darauf bedacht, die Handlungsinitiative nicht an die Bürgerschaft zu verlieren.²⁶ So initiierten der Bürgermeister und der Landrat von Bad Tölz mehrere öffentliche Protestveranstaltungen, die bis zu 1000 Teilnehmer anzogen.²⁷ Nachdem die bayerische Regierung dem Projekt aber höchste Priorität eingeräumt hatte, vermochten sich die Wasserkraftgegner letztlich nicht durchzusetzen.²⁸ Wie bei vielen energiewirtschaftlichen Großprojekten bildete das Genehmigungsverfahren nur eine Formalität, dessen Ausgang von Anfang an feststand.

Die Projektgegner waren sich ihrer begrenzten Erfolgsaussichten angesichts der Energienot der ersten Nachkriegsjahre durchaus bewusst.²⁹ Entsprechend schwankte die Haltung der bayerischen Naturschützer zwischen scharfer Kritik und Kompromissbereitschaft. Während man kleinere oder mittlere Wasserkraftwerke in landschaftlich reizvollen Gebieten möglichst zu verhindern suchte,³⁰ wurden Projekte, die einen erheblichen Nutzen für die Gesamtenergieversorgung des Landes versprachen, zumeist zähneknirschend akzeptiert:

Wir haben [...] Dutzende von Wasserkraftwerken gebilligt, bestimmte Auflagen gestalterischer Art vorausgesetzt [...]. Immer nur dann, wenn großartige und unwiederbringliche

²⁵ BHStA: StK 13775. Landrat Bad Tölz an Bayerischen Landtag vom 24.02.1947. – StAM: LRA Garmisch-Partenkirchen 199586. Rueß (Bund Naturschutz in Bayern [BN]), P. (Bayerischer Landesverein für Heimatpflege) an Wirtschaftsausschuss Bayerischer Landtag vom 09.06.1947.

²⁶ StAM: LRA Tölz 165319. Landrat Bad Tölz an OBB vom 05.02.1948. – Zu den Protesten gegen die Reißbachüberleitung siehe BHStA: StK 13775, 14650; LfN 39. – StAM: LRA Tölz 165319-165320, 165325 (Protokolle, Zeitungsausschnitte u.a., 1947-50); LRA Garmisch-Partenkirchen 199586.

²⁷ BHStA: StK 13775. Bürgermeister Bad Tölz, Reißbachausschuss vom 30.03.1947; OBB an Bayerischen Ministerrat vom 04.02.1948; LfN 39. Einladung Aufklärungsversammlung vom 30.07.1950. – Hochlandbote vom 18.04.1947. – *Falter*: Achtzig Jahre Wasserkrieg 108, 113 (vgl. Anm. 4).

²⁸ BHStA: StK 13775. OBB an Bayerischen Ministerrat vom 04.02.1948; StK 14650. OBB an Ehard vom 23.01.1947. – StAM: LRA Tölz 165326 (Beschluss des Landratsamtes vom 13.10.1952, Zeitungsartikel zur Stellungnahme der Stadt Tölz, 1947-1952).

²⁹ Exemplarisch: „Daß diese schöne Donaupartie stark beeinträchtigt wird ist sehr bedauerlich, aber dies wird notwendig sein, denn Bayern muß die nötige elektrische Energie aus den Flüssen gewinnen.“ BHStA: LfN 40. E. an LfN vom 18.03.1949; Regierung Niederbayern an Bayerisches Innenministerium (MIInn) vom 10.04.1951; Kraus (LfN) an Süddeutsche Zeitung vom 10.11.1951; Kraus (LfN) an Rueß (BN) vom 10.12.1951; Frickhinger/Rueß (BN) an S. vom 17.12.1951. – Das Donaukraftwerk Jochenstein. In: *Blätter für Naturschutz* (BlfN) 1-2 (1952) 18.

³⁰ Zu den Anlagen, die der amtliche Naturschutz ablehnte, zählten in den Jahren 1945 bis 1950 unter anderem die Projekte Partnachklamm, Breitachklamm, Ammer, Achental, Pupplinger Au, Wendelstein, Hölltobel, Lech (Schongau bis Lechbruck), Reißbachüberleitung und Waginger See. BHStA: LfN 37. LfN an Oberste Naturschutzbehörde (ONB) vom 28.11.1949; LfN an Bergwacht vom 14.01.1950; Kraus (LfN) an ONB vom 26.06.1950.

Naturschöpfungen oder Gebiete höchster Verdichtung landschaftlicher Schönheit Gefahr liefen, das Wesenhafte zu verlieren, haben wir uns zur Wehr gesetzt; solche Naturschöpfungen sind unteilbar, sie gehören zum unantastbaren Kulturgut unseres Landes. Selbst in der Verfassung ist ihre Bewahrung zur Pflicht gemacht!³¹

Die bayerisch-österreichischen Grenzflüsse Donau, Salzach und Inn fielen in diese Kategorie, da aufgrund ihres Wasserreichtums besonders hohe Energieerträge zu erwarten waren. Die Bevorzugung großer Lösungen im Sinne der US-amerikanischen Tennessee Valley Authority, die im Zuge der Elektrifizierungs- und Raumentwicklungspolitik des „New Deal“ seit den dreißiger Jahren zahlreiche Dämme und Kraftwerke errichtet hatte, bestimmte damit nicht nur die Gedankenwelt der Energiewirtschaft, sondern auch die des Naturschutzes – zumal man hoffte, dass sich damit die Errichtung zahlreicher kleiner Anlagen in landschaftlich reizvollen Gebieten erübrigen würde.³²

Ein gutes Beispiel hierfür bildete die Errichtung des Donaukraftwerks Jochenstein in den Jahren von 1952 bis 1955. Mit einer Jahresarbeit von 850–920 Millionen Kilowattstunden – einer Menge, die ausreichte, um den damaligen Strombedarf von rund 1,5 Millionen Menschen zu decken – war es zu diesem Zeitpunkt das größte Flusskraftwerk Deutschlands. Grundlegende Beanstandungen oder Proteste gegen den Aufstau – an der Wehrstelle 22 Kilometer unterhalb Passaus betrug dieser immerhin neun bis zehn Meter – waren nur vereinzelt zu vernehmen.³³ Ähnlich wie bei anderen größeren Wasserkraftprojekten (etwa dem Sylvensteinspeicher) beschränkten sich die Naturschützer darauf, auf Auflagen in den Genehmigungsbescheiden hinzuwirken, die eine „harmonische“ Einpassung der Anlagen in die Landschaft, den Schutz der Pflanzen- und Tierwelt sowie standortgerechte Neupflanzungen garantieren sollten.³⁴ Da der betroffene Donauabschnitt schon seit 1940 zum Teil unter Landschaftsschutz stand und als „Landschaft von mitteleuropäischer

³¹ Kraus, Otto: Naturschutz. Ein Mahnruf (1958). In: *Ders.: Zerstörung der Natur – unser Schicksal von morgen? Der Naturschutz in dem Streit der Interessen. Ausgewählte Abhandlungen und Vorträge.* Nürnberg 1966, 15–26, hier 21. – Ähnlich zum österreichischen Naturschutz: *Wendelberger: Rettung der Krimmler Wasserfälle* 155 (vgl. Anm. 19).

³² Exemplarisch BHStA: LfN 38. LfN an ONB vom 01.08.1949; LfN 39. Frickhinger, Ruelß (BN) an Bayerischen Landtag vom 30.01.1951; Krieg (Deutscher Naturschutzring) an Bayerischen Landtag vom 31.01.1951. – *Süddeutsche Zeitung* vom 02.11.1949. – Das Donaukraftwerk Jochenstein. In: BlfN 1-2 (1952) 18.

³³ So protestierte ein Vertreter des Bayerischen Landesamts für Moorwirtschaft gegen die „Vernichtung eines der schönsten Flusstäler Europas“ durch den „Moloch des Elektrokapitals“. Der sowjetische Hohe Kommissar in Österreich, General Swiridow, wiederum legte im Alliierten Rat Einspruch gegen das Projekt ein, von dem er vermutete, dass es darauf zielte, die westdeutsche Rüstungsindustrie mit billigem Strom zu beliefern. Bedenken der Stadtwerke Passau wegen einer Beeinträchtigung der Wasserversorgung sowie der Fischereiberechtigten konnten von Seiten des Unternehmens durch Auflagen oder Entschädigungsleistungen ausgeräumt werden. BHStA: LfN 40. S. Bayerisches Landesamt für Moorwirtschaft an Kraus vom 21.08.1950; Stadtwerke Passau an Stadtverwaltung Passau vom 28.02.1951; Donau-Fischer ziehen ihren Einspruch zurück, ohne Autor, vom 21.06.1952. – *Passauer Neue Presse* vom 12.09.1950, 5. – *Münchener Merkur* vom 28.04.1952.

³⁴ BHStA: LfN 40. Regierung Niederbayern an MIInn vom 10.04.1951.

Bedeutung“ mit einer außergewöhnlichen Tier- und Pflanzenwelt galt,³⁵ wurde die Donaukraftwerk Jochenstein AG allerdings dazu verpflichtet, zur Gestaltung der Anlagen mehrere Landschaftsarchitekten heranzuziehen – darunter auch den ehemaligen „Reichslandschaftsanwalt“ Alwin Seifert.³⁶ Mit den Ergebnissen seiner Bemühungen war Seifert, als Landschaftsarchitekt schon aus berufspraktischen Gründen ein eifriger Verfechter des sogenannten „gestaltenden Naturschutzes“, ausgesprochen zufrieden.³⁷

Eine ähnliche Herangehensweise legten die Naturschützer auch am Inn an den Tag, dem zweitgrößten Fluss Österreichs und in Bayern der Fluss mit der größten Rohwasserkraft überhaupt.³⁸ Angesichts dieser günstigen wasserwirtschaftlichen Ausgangslage war dem Inn bereits in der nationalsozialistischen Zeit eine zentrale Bedeutung für die gesamtdeutsche Energie- und Industrieplanung zugesprochen worden. Speziell im Raum Braunau-Simbach sollte durch eine verbrauchsnahe Energieproduktion die Aluminiumindustrie gefördert werden.³⁹ Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Inn intensiv für die Energieerzeugung herangezogen – kein anderer Fluss produzierte in Deutschland so viel Elektrizität. Von den 24 Laufkraftwerken des Inns liegen fünf im Grenzgebiet zwischen Bayern und Österreich: Braunau-Simbach, Ering-Frauenstein, Eggfing-Obernberg, Schärding-Neuhaus und Passau-Ingling. Der Ausbau des Inns durch die ÖBK in den Jahren 1938 bis 1961 verlief ohne größere Vorkommnisse. Ähnlich wie beim Donaukraftwerk Jochenstein gab es auch am Inn offenbar keine größeren Proteste gegen die Er-

³⁵ BHStA: LfN 40. Verordnung der Regierung Niederbayern vom 16.10.1940 Nr. 110 g L b (101/94) 34; Lehrs 16./17.05.1948. – Bei der Kartierung des Jochensteins links der Donau 1952 stellte sich allerdings heraus, dass es sich bei der Vorstellung, dort herrsche eine spezielle pontische oder mediterrane Flora, um einen Mythos handelte. Immerhin konnten seltene Smaragdeidechsen und Äskulapnattern nachgewiesen werden. *Ebenda* E. an LfN vom 26.06.1952.

³⁶ BHStA: LfN 40. Kraus an S. vom 06.09.1950. – Seifert (1890-1972) war während des Nationalsozialismus u. a. für die „landschaftsgerechte“ Gestaltung der Reichsautobahnen zuständig gewesen und als Mahner vor einer drohenden „Versteppung der Landschaft“ hervorgetreten. Nach 1945 war er erneut in führenden Positionen im Naturschutz tätig, u. a. von 1958 bis 1963 als Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern. – Zu Seiferts Rolle im „Dritten Reich“ siehe auch *Zeller, Thomas: ‚Ganz Deutschland sein Garten‘. Alwin Seifert und die Landschaft des Nationalsozialismus.* In: *Radkau, Joachim/ Uekötter, Frank* (Hgg.): *Naturschutz und Nationalsozialismus.* Frankfurt/Main, New York 2003, 273-307.

³⁷ „Wir bringen buchstäblich auf dem bayerischen Donauufer eine neue Landschaft wieder hin, die in zehn bis fünfzehn Jahren der alten untergegangenen an Schönheit durchaus gleichwertig ist.“ BHStA: LfN 40. Seifert an Kraus vom 27.08.1957. – „Das Kraftwerk Jochenstein in der Donau auf der bayerisch-österreichischen Grenze ist das baukünstlerisch schönste Flusskraftwerk mindestens Europas geworden.“ *Der große Wasserkrieg.* Abdruck aus dem Buch Alwin Seifert, *Ein Leben für die Landschaft* (Düsseldorf-Köln 1962, Eugen-Diederichs-Verlag, 19,80 DM). In: *BlfN* 1-2 (1963) 18-24, hier 23.

³⁸ *Schmid-Mummert, Ingeborg: Der Inn. Unbändige Kraft aus dem Gebirge.* In: *Oster, Uwe A.* (Hg.): *Flüsse in Deutschland.* Darmstadt 2007, 159-171, hier 169.

³⁹ So diente die 1917 gegründete Innwerk AG der Versorgung der besonders stromintensiven Aluminium- und Stickstoffindustrie in Südostbayern. *Deutinger: ‚Lebensfrage für die bayerische Industrie‘* 36 (vgl. Anm. 4). – *Schmid-Mummert: Der Inn* 69 (vgl. Anm. 38).

richtung der Kraft- und Stauwerke.⁴⁰ Ganz im Gegenteil galt der Ausbau sogar als ökologisch besonders vorbildlich. Die Stauseen dienten nicht nur dem Hochwasserschutz, sondern glichen zudem die negativen Auswirkungen früherer Regulierungsmaßnahmen aus (Eintiefung des Flussbettes, Absinken des Grundwasserspiegels, Trockenlegung der Auwälder).⁴¹ Darüber hinaus entwickelten sich die Flachwasserzonen der Staustufen zu einem hochwertigen Vogelbrutgebiet. Bereits Ende 1972 wurde daher auf der bayerischen Seite das erste Naturschutzgebiet eingerichtet, 1976 wurde der Streckenabschnitt Haiming-Neuhaus als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung in die Ramsar-Konvention aufgenommen. Österreich zog 1978 mit einem Naturschutzgebiet nach. Weitere Schutzstellungen und Diplome folgten, darunter 1979 die Ausweisung als Europäisches Vogelschutzgebiet. In beiden Ländern stehen heute jeweils circa 14 Quadratkilometer unter ausdrücklichem gesetzlichem Schutz.⁴² Die Staustufen des bayerisch-österreichischen Unteren Inns können daher als Musterbeispiel für eine nachhaltige Verbindung von Ökologie und Energieerzeugung angesehen werden.

Wasserkraft als Auslaufmodell? Die energiewirtschaftliche Nutzung der bayerisch-österreichischen Grenzflüsse in den sechziger Jahren

In den sechziger und frühen siebziger Jahren verlor die Wasserkraft im Vergleich zu anderen Energiequellen wie Mineralöl und – in Bayern – der Atomkraft an Bedeutung. Während Österreich seinen Bedarf an elektrischer Energie bis Anfang der siebziger Jahre aber weiterhin in erheblichem Maße über die heimischen Wasserkräfte decken konnte (der Anteil des Mineralöls am österreichischen Gesamtenergieverbrauch nahm allerdings seit den sechziger Jahren ebenfalls stark zu),⁴³ konzentrierte sich die bayerische Energiepolitik in dieser Zeit immer mehr auf Wärmekraftwerke auf der Basis von Mineralöl.⁴⁴ Diese waren bei entsprechend

⁴⁰ In den Beständen der Bayerischen Landesstelle für Naturschutz im Bayerischen Hauptstaatsarchiv finden sich z.B. keine Hinweise auf Naturschutzkonflikte rund um den Ausbau des Inns.

⁴¹ Exemplarisch StAM: RO 102752 (Landkreis Rosenheim, Kraftwerk Rosenheim der Innwerke AG Töging, 1957). – Archiv BN, Landesfachgeschäftsstelle Nürnberg. Presseinformation BN PR/BN 27 vom 02.07.1974. – Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 15.05.1975.

⁴² *Birkel, Ingrid/Mayer, Anton: Ökologische Zustandserfassung der Flußauen an Iller, Lech, Isar, Inn, Salzach und Donau und ihre Unterschutzstellung.* München 1992. – Vgl. auch: Inn, <http://de.wikipedia.org/wiki/Inn> (letzter Zugriff 16.01.2014).

⁴³ Zum Vergleich die Entwicklung der Brutto-Stromerzeugung in Österreich für Wasser- und Wärmekraftwerke (in GWh): 1945: 2 326 bzw. 854; 1950: 4 976 bzw. 1 375; 1955: 7 905 bzw. 2 847; 1960: 11 882 bzw. 4 083; 1965: 16 082 bzw. 6 158; 1970: 21 240 bzw. 8 796; 1980: 29 090 bzw. 12 876. Bilanz elektrischer Energie in Österreich 1920-2009 (vgl. Anm. 12). – Siehe weiter: *Pirker, Otto: Energie aus Wasserkraft. Historische Entwicklungen und zukünftige Herausforderungen.* In: *Egger, Gregory/Michor, Klaus/Mubar, Susanne u.a. (Hgg.): Flüsse in Österreich. Lebensadern für Mensch, Natur und Wirtschaft.* Innsbruck, Wien, Bozen 2009, 132–145, 136 f.

⁴⁴ Zwar hatte sich die Energieproduktion aus Wasserkraft zwischen 1950 und 1965 von 4943 Millionen kWh auf 9133 Millionen kWh fast verdoppelt. Dennoch ging ihr prozentualer Anteil an der Landeselektrizitätsversorgung kontinuierlich zurück – von gut drei Viertel 1950 auf knapp die Hälfte 1965. Dieser Trend setzte sich fort: 1970 kam mit 10610

hohen Kapazitäten nicht nur kostengünstig, sondern konnten zudem verbrauchsnahe errichtet werden, da sie von naturräumlichen Gegebenheiten wie Wassermenge oder Abflussgeschwindigkeit der Flüsse unabhängig waren. Hinzu kam, dass die energie-wirtschaftlich ergiebigsten Flussabschnitte im Freistaat in den sechziger Jahren anders als in Österreich bereits größtenteils mit Wasserkraftwerken erschlossen waren.⁴⁵ Und schließlich waren sich die bayerischen Politiker und Naturschützer schon seit Mitte der fünfziger Jahre darüber einig, dass die energiewirtschaftliche Zukunft nicht in vermeintlich anachronistischen Energieformen wie der Wasserkraft, sondern in der zivilen Nutzung der Atomkraft liegen würde.⁴⁶ Wasserkraftgegner wie Otto Kraus, von 1949 bis 1967 Leiter der Bayerischen Landesstelle für Naturschutz, warben in dieser Zeit leidenschaftlich für die Kernenergie.⁴⁷ Diese galt geradezu als Allheilmittel gegen die Umweltverschmutzung und Landschaftszerstörung, die von anderen Energieträgern verursacht wurde. Bereits beschlossene Wasserkraftprojekte versuchte man daher so lange hinauszuzögern, bis die flächendeckende Realisierung der atomaren Energieproduktion diese obsolet machen würde.⁴⁸

Die Opposition gegen die Errichtung weiterer Stauseen wuchs angesichts der abnehmenden energiewirtschaftlichen Bedeutung der Wasserkraft in beiden Ländern. In Bayern wurden zwar (im Gegensatz zu Österreich) in den sechziger Jahren keine größeren Wasserkraftwerke mehr neu initiiert. Laufende Planungen sollten jedoch auch hier möglichst in die Tat umgesetzt werden – sehr zum Ärger der Naturschützer.⁴⁹ Besonders heftigen Widerspruch löste in den Jahren zwischen 1954 und 1964 der Ausbau des Lechs aus. Im Falle des umstrittensten Flussabschnitts – der Litzauer Schleife – vermochten sich die Wasserkraftgegner dieses Mal sogar durchzusetzen.⁵⁰ Die Auseinandersetzung um den Lech wurde von beiden Seiten ausgesprochen erbittert geführt. Die Bayerische Wasserkraftwerke AG (BAWAG)

Millionen kWh noch ein Drittel, 1980 mit 10 971 Millionen kWh ein Viertel des im Freistaat produzierten Stroms von Wasserkraftwerken. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 5 % war deren Anteil aber nach wie vor bedeutend. Im Gegenzug wurde das Mineralöl mit 66,9 % im Jahre 1973 im Laufe der sechziger Jahre zum wichtigsten Primärenergieträger des Landes. Vgl. Energiebilanz Bayerns 1973. Daten zur Entwicklung der Energiewirtschaft. Hrsg. v. Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr. München 1974, 11, 39. – Die Energieversorgung Bayerns 1974. Bericht über die Entwicklung der bayerischen Energiewirtschaft mit Energiebilanz. Hrsg. v. Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr. München 1975, 15. – Die Energieversorgung Bayerns 1980. Bericht über die Entwicklung der bayerischen Energiewirtschaft mit Energiebilanz. Hrsg. v. Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr. München 1981, 59. – *Deutinger*: „Lebensfrage für die bayerische Industrie“ 79-81 (vgl. Anm. 4).

⁴⁵ *Ebenda* 52 f., 79 f.

⁴⁶ *Ebenda* 65-74.

⁴⁷ Exemplarisch: *Kraus*, Otto: Bis zum letzten Wildwasser. Gedanken über Wasserkraftnutzung und Naturschutz im Atomzeitalter. Aachen 1960, 20, 31.

⁴⁸ BHStA: LfN 37. Kraus (LfN) an LRA Wangen vom 25.01.1963.

⁴⁹ Stand und Entwicklung der bayerischen Energiewirtschaft. Hrsg. v. Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr. München 1964. – *Deutinger*: „Lebensfrage für die bayerische Industrie“ 54 (vgl. Anm. 4).

⁵⁰ *Bergmeier*: Umweltgeschichte der Boomjahre 154-169 (vgl. Anm. 4). – *Hasenöbrl*: Zivilgesellschaft und Protest 136-152 (vgl. Anm. 4).

agierte in dem Bewusstsein, als halbstaatliches Unternehmen die Unterstützung der Staatsverwaltung zu genießen. Sie führte Bauarbeiten ohne Genehmigungen durch, ignorierte Bauauflagen, Landschafts- und Naturschutzverordnungen und brachte wenn nötig ihre finanzielle Potenz als Anreiz für eine Unterstützung ihrer Forderungen ins Spiel.⁵¹ Auf diese Strategie reagierten die Naturschützer, indem sie im Laufe der Zeit ebenfalls massivere Druckmittel einsetzten. Zwar wählten sie zum Großteil konventionelle Instrumente wie Gutachten, Stellungnahmen, die Ausweisung von Schutzgebieten, Behördenschreiben oder Presseartikel.⁵² Doch experimentierte man auch mit öffentlichen Protesten, um den verantwortlichen Stellen zu zeigen, „daß auch die Volksmeinung nicht so inaktiv ist, wie manchmal angenommen wird“.⁵³ An eine breitere Beteiligung der Öffentlichkeit war allerdings nicht gedacht, was z.B. 1960 bei der Vorbereitung einer Demonstration deutlich wurde. Zwar wurde der Bezirkslehrerverband Oberbayern aufgefordert, ältere Schüler einzubeziehen, doch sollte die Gesamtteilnehmerzahl eine Busladung Demonstranten nicht überschreiten.⁵⁴

Der Naturschutz dieser Zeit wurde vorwiegend auf der Leitungsebene aktiv. Im Lechkonflikt wurden die Aktivitäten allerdings von einem ungewöhnlich umfangreichen Netzwerk getragen, das nahezu alle wichtigen Organisationen des zivilgesellschaftlichen und amtlichen Naturschutzes umfasste. Anfang der sechziger Jahre schlossen sich so über dreißig Naturschutz-, Wander- und Bergsteigervereine sowie wissenschaftliche Institute zur Notgemeinschaft Oberer Lech zusammen.⁵⁵ Während diese versuchte, dem Protest gegen den Ausbau des Lechs auch überregional Gehör zu verschaffen, konnten sich die betroffenen Gemeinden – ebenso wie die Mehrzahl ihrer Bürger – mit der Aussicht auf malerische, für den Wassersport geeignete Stauseen durchaus anfreunden.⁵⁶

Auch in Österreich stieß der Ausbau der Wasserkraft ab den sechziger Jahren zunehmend auf Widerstand. So scheiterte die 1958 projektierte Kraftwerkskette in Lofer an der Saalach (zwischen Weißbach und Steinpass) an den Bedenken der Gemeinde, die eine Beeinträchtigung des aufblühenden Fremdenverkehrs befürchtete. Die „Not- und Schutzgemeinschaft Lofer-St. Martin“ wurde von einem breiten Bündnis aus Anrainern, Grundstückseignern sowie circa 90 Prozent der Wahl-

⁵¹ BHStA: LfN 44 (Berücksichtigung des Naturschutzes beim Ausbau des Lechs, 1953-66). Kraus (LfN) an Karl (LfN) vom 17.12.1957; LfN 45 (Wahrung von Naturschutzinteressen beim Ausbau des oberen Lechs, Bd. 1, 1948-53). Heimatpfleger Oberbayern an Kraus (LfN) vom 18.06.1951; LfN 46 (Wahrung von Naturschutzinteressen beim Ausbau des oberen Lechs, Bd. 2, 1954-62). Landrat Schongau an Höhere Naturschutzbehörde Oberbayern vom 13.05.1954; Kraus (LfN) an Innenministerium vom 23.08.1960.

⁵² Hasenöhr: Zivilgesellschaft und Protest 140-147 (vgl. Anm. 4).

⁵³ BHStA: LfN 46. Naturschutzbeauftragter Oberbayern an Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband Oberbayern vom 18.05.1960.

⁵⁴ *Ebenda*.

⁵⁵ Süddeutsche Zeitung vom 18.01.1960. – Münchner Merkur vom 18.01.1960. – BHStA: LfN 47 (Wahrung von Naturschutzinteressen beim Ausbau des oberen Lechs, Bd. 3, 1961-65). Seifert (BN) vom 26.10.1962.

⁵⁶ Schongauer Nachrichten vom 28.06.1962, 5.



Abb. 2: Demonstration der Not- und Schutzgemeinschaft Lofer-St. Martin gegen den Bau des Saalach-Kraftwerks.

berechtigten der Gemeinden Lofer und St. Martin getragen. Ihre Proteste umfassten neben Eingaben und Demonstrationen auch den geschlossenen Austritt der ÖVP-Fraktion der Loferer Gemeindevertretung aus der Partei – sie übten ihr Mandat stattdessen als Liste „Heimat Lofer“ aus. Die Kontroverse zog sich über Jahre hin. Im Juni 1966 verkündete Bundeskanzler Josef Klaus schließlich den Verzicht auf die Errichtung der Kraftwerksanlagen in Lofer mit dem Argument, dass der hier erzeugte Strom aus dem Netz des gesamtösterreichischen Energieverbundes billiger bezogen werden könne.⁵⁷

Weniger erfolgreich als in Lofer verliefen die Proteste gegen das Verbundkraftwerk Klaus an der Steyr in den Gemeinden Molln und Klaus in Oberösterreich. Die Planungen für das „Großspeicherprojekt Molln“ reichten bis in die zwanziger Jahre zurück, wurden jedoch erst in den sechziger Jahren intensiver verfolgt. Das letztgültige Projekt sah eine Mehrzweckanlage für Hochwasserschutz, Energie- und Trinkwassererzeugung vor, von der aber schließlich nur die erste Ausbaustufe realisiert wurde. Bei einer Volksbefragung der Gemeinde Molln im Jahre 1969 sprachen

⁵⁷ Schned, Franz/Hobenwartner, L.: Die Saalach. Vom Ursprung bis zur Mündung. Ein Kulturraum, <http://www.saalacherlebniswelt.com/Lofer1/lofer1.html> (letzter Zugriff 16.01.2014).

sich 66,1 Prozent der Wähler gegen die Errichtung des Kraftwerks Klaus aus. Die Vereine „Rettet das Steyrtal“ bzw. „Rettet den Steyrfluß“ organisierten mehrere Demonstrationen gegen die wasserrechtliche Bewilligung vom 26. April 1972, legten Beschwerde beim Verfassungsgericht ein und initiierten 1973 ein Volksbegehren gegen die Bauarbeiten. Sie vermochten das Projekt zwar nicht zu verhindern, konnten jedoch eine stärkere Berücksichtigung des Landschaftsschutzes erreichen, konkret z. B. die Beauftragung der Naturschutz-Experten Lothar Machura und Herbert Ursprunger für die Landschaftsgestaltung im Bereich des Kraftwerks. Die 1973 begonnenen Bauarbeiten wurden 1975 mit dem Aufstau des Speichersees abgeschlossen. Das von der Ennskraftwerke AG betriebene Kraftwerk Klaus produziert heute bei einer Leistung von 20 Megawatt jährlich rund 74 000 Megawattstunden Strom.⁵⁸

Im Gegensatz zu den beschriebenen Kontroversen um den Ausbau der Wasserkräfte an den Flüssen Lech, Saalach und Steyr war die Lage an den bayerisch-österreichischen Grenzflüssen in den sechziger Jahren verhältnismäßig ruhig. Wie erwähnt, galt der Ausbau des Inns selbst bei den Naturschützern als ökologisch vorbildlich und rief kaum Proteste hervor. An der kurzen Grenzstrecke der Donau standen nach der Umsetzung des Kraftwerks Jochenstein keine neuen Wasserkraftprojekte an. blieb noch die Salzach. Deren Ausbau wurde zwar 1964/65 kurzzeitig diskutiert, von der ÖBK aber nicht weiter verfolgt, nachdem die geologischen Gegebenheiten Schwierigkeiten verhießen und die Rentabilität der Energieerzeugung an der Salzach – speziell im Vergleich zu Wärmekraftwerken – eher zweifelhaft erscheinen ließen. Hinzu kamen scharfe Proteste des bayerischen Naturschutzes und von Teilen der einheimischen Bevölkerung.⁵⁹

⁵⁸ Veichtlbauer, Ortrun: Environmental History Timeline Austria. Zeittafel zur Umweltgeschichte Österreichs seit 1945 (2007), 7, <http://www.umweltgeschichte.uni-klu.ac.at/media/media/download/13361> (letzter Zugriff 16.01.2014). – Verbund Kraftwerke. Laufkraftwerk Klaus, <http://www.verbund.com/pp/de/laufkraftwerk/klaus> (letzter Zugriff 16.01.2014).

⁵⁹ Ein bereits im August 1951 erstellter „Rahmenplan für die untere Salzach“ wurde in den fünfziger Jahren zweimal überarbeitet (1952, 1957) und 1964/65 vorgestellt, ohne aber weitere Aktivitäten nach sich zu ziehen. Gegen den Salzachausbau sprachen sich die Bayerische Landesstelle für Naturschutz, der Heimatverein Burghausen, der Deutsche Alpenverein, der Bayerische Kanuverband, die Kanugruppe des „Touristenverein[s] die Naturfreunde“ (Ortsgruppe München) sowie der Kreisheimatpfleger des Landkreises Laufen aus. Der Laufener Landrat wandte sich zudem als 1. Vorsitzender des Fremdenverkehrsverbandes Inn-Salzachgau gegen die Pläne. Den öffentlichkeitswirksamen Höhepunkt der Proteste bildete eine Protestfahrt von etwa 150 Kanuten zwischen Salzburg und Burghausen. Von österreichischer Seite sind mir keine Einsprüche bekannt. PA Kastner: Sie alle fordern, ohne Autor, vom 26./27.06.1964; Kraus (LfN) an MInn vom 05.03.1964; ÖBK vom Oktober 1974; ÖBK vom 17.06.1977; Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 07.03.1964, vom 08.03.1965, vom 02.05.1975, vom 27.02.1975; Südostbayerische Rundschau vom 02./03.05.1975; Bergkamerad/Bergwelt vom 04.10.1977; Protestfahrt des bayerischen Kanuverbandes auf der Salzach 27. und 29. Juni 1964. In: Der Naturfreund 3 (1965) 8; Salzachlauf außer Gefahr? In: BlfN 1-2 (1966) 26. – Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 42. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 15. September 1977. Plenarprotokoll 8/42, 3247.

Der Konflikt um die Salzach in den siebziger Jahren

In der Folge der Ölkrise, die 1973/74 die öffentlichen Debatten dominierte, gewann die Wasserkraft wieder an politischer und energiewirtschaftlicher Attraktivität. In Bayern hatte sie vor allem die Funktion eines „Notnagels“, etwa um in Krisenzeiten die Stromversorgung lebenswichtiger Einrichtungen aufrechterhalten zu können.⁶⁰ Der energiewirtschaftliche Fokus lag hier – trotz wachsender Anti-AKW-Proteste – auf der Kernenergie (sowie auf der Erweiterung der Ferngasversorgung).⁶¹ Auch Österreich setzte in den siebziger Jahren zunächst voll auf die Kernenergie. Die Wasserkraft galt angesichts schwindender Ausbaupotentiale inzwischen auch hier eher als Auslaufmodell.⁶² Nach dem Volksentscheid zum Atomkraftwerk (AKW) Zwentendorf im Jahre 1978, bei dem sich 50,47 Prozent der Teilnehmer gegen die Errichtung des Kernkraftwerks ausgesprochen hatten, und dem kurz darauf verabschiedeten Atomsperrgesetz wurde die weitere Nutzung der landeseigenen Wasserkraft dann aber geradezu zu einer unausweichlichen Notwendigkeit.⁶³ Nach dem zweiten Ölpreisschock 1979/80 wurde in Wien beispielsweise als Richtlinie festgelegt, dass alle 36 Monate ein Donaukraftwerk fertigzustellen sei. Diese Vorgabe wurde Anfang der achtziger Jahre auf 30 Monate verkürzt.⁶⁴ Im Zuge dieser Entwicklungen erlangte die Salzach als einer der wenigen voralpinen Ströme mit nennenswerten Ausbaupotentialen neue Aufmerksamkeit – als Energiequelle, aber auch als ökologischer Lebensraum.⁶⁵

Die ÖBK beantragte im Oktober 1974 in Bayern die Einleitung des Raumordnungsverfahrens. Die Projektskizze sah zwischen Freilassing und Burghausen vier Laufwasserkraftwerke mit einem Jahresarbeitsvermögen von 800–820 Gigawattstunden vor, womit ihre Leistungsfähigkeit in etwa der des Donaukraftwerks Jochenstein entsprach.⁶⁶ Dennoch lehnte die Regierung von Oberbayern das Vor-

⁶⁰ Der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann vertrat noch 1979 die Ansicht, es könne auf keine noch so kleine Energiequelle im eigenen Land verzichtet werden. StAM: Wasserwirtschaftsamt (WWA) Weilheim 945. F. an WWA Weilheim vom 06.08.1979.

⁶¹ So beabsichtigte die bayerische Staatsregierung den Anteil des Erdgases am Primärenergieverbrauch von 1975 bis 1990 von rund 9 % auf etwa 15,5 %, denjenigen der Kernenergie von 1,6 % auf 21,7–25 % zu erhöhen. Parallel dazu sollten die Mineralölprodukte auf 50–53 % reduziert werden. Energiebilanz Bayerns 1973, 45 f., 74 (vgl. Anm. 44).

⁶² Kuchler, Andreas: Zwentendorf (1968–1986). Österreich verweigerte die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes. In: *Rathkolb/Hufschmied* (Hgg.): *Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft* 233–244, hier 235 (vgl. Anm. 4).

⁶³ Durch das Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich wurde im Dezember 1978 die Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich verboten. *Alt-Neuöttinger Anzeiger* vom 28.11.1978. – *Neue Warte am Inn* vom 14.02.1979.

⁶⁴ *Süddeutsche Zeitung* vom 30.07.1985, 18.

⁶⁵ Zur Salzach siehe PA Kastner. – *Die Zukunft der Salzach*. Tagungsbericht. Hrsg. v. d. Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege. Laufen 1981. – *Natur- und Kulturräum Inn-Salzach. Nachhaltige Nutzung*. Hrsg. v. d. Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege. Laufen 1999. – *Winding, Norbert/Vogel, Dieter* (Hgg.): *Die Salzach. Wildfluss in der Kulturlandschaft*. Vilsbiburg 2003. – *Hasenöbrl: Zivilgesellschaft und Protest* 377–400 (vgl. Anm. 4).

⁶⁶ PA Kastner: ÖBK vom Oktober 1974. – *Alt-Neuöttinger Anzeiger* vom 09.01.1975.

haben in ihrer landesplanerischen Beurteilung vom 10. Juli 1978 aus Gründen des Gewässerschutzes ab.⁶⁷ Diese Entscheidung kann durchaus als Meilenstein in der Geschichte der Wasserkraftnutzung im (Vor-)Alpenraum betrachtet werden – nie zuvor war in Bayern oder Österreich ein Projekt im Energiesektor gescheitert, bei dem eine ähnlich hohe Energiemenge hätte erzeugt werden können.

Das Projekt hatte in den beiden Ländern höchst unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Während es im Freistaat nicht nur in der betroffenen Region auf nahezu einmütige Ablehnung stieß, fand es auf der anderen Seite der Grenze fast einhellige Zustimmung. Die Ursachen für die geradezu polare Bewertung des Salzachausbaus lagen zum einen im (energie-)wirtschaftlichen Bereich, zum anderen in der jeweiligen Wahrnehmung des Flusses begründet. Da drei der vier Kraftwerke auf der österreichischen Seite projektiert waren, erwarteten sich die Kommunen hier hohe Gewerbesteuererinnahmen.⁶⁸ Bei den bayerischen Anrainern überwog dagegen die Furcht vor einem Verlust der Lebensqualität und vor einem Rückgang des Tourismus aufgrund der Beeinträchtigung der Landschaft und der Wasserqualität – Aspekte, die in Österreich kaum thematisiert wurden.⁶⁹ Ferner spielten landschaftsästhetische Gesichtspunkte und Fragen der Regionalidentität im Freistaat offenbar eine größere Rolle als in Österreich.⁷⁰ Die Salzach war einer der wenigen Voralpenflüsse, der auf bayerischem Gebiet weitgehend unreguliert geblieben war. Ihre Bedeutung als Umweltgut und Identifikationsobjekt wurde hier daher möglicherweise höher bewertet als in Österreich mit seinem wesentlich größeren Flächenanteil am Alpenraum. Hinzu kam die unterschiedliche energiewirtschaftliche Rolle der Wasserkraft. Diese bildete in Österreich eine tragende Säule der Energiepolitik, deren Bedeutung nach dem Referendum zum Atomkraftwerk Zwentendorf 1978 sogar noch zunahm. Dagegen lag der Schwerpunkt der bayerischen Energiepolitik in den siebziger Jahren klar auf der Atomkraft. Anders als bei den Atomprojekten in Grafenrheinfeld, Ohu und Gundremmingen stand an der Salzach daher nicht der gesamte bayerische Staatsapparat hinter den Bestrebungen des Energieunternehmens. Von den staatlichen Fachstellen und Ministerien votierten nur das Wirtschafts- und Finanzministerium eindeutig für das Projekt, wofür energiewirtschaftliche Gründe den Ausschlag gaben.⁷¹ Dagegen schaltete sich die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky mehrfach zugunsten eines Ausbaus in die Debatte ein – sowohl öffentlich als auch hinter den Kulissen.⁷²

⁶⁷ PA Kastner: Höhere Landesplanungsbehörde Oberbayern vom 10.07.1978.

⁶⁸ Süddeutsche Zeitung vom 26.08.1977, 17. – Neue Warte am Inn vom 21.02.1979.

⁶⁹ Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 18.01.1975. – Landbote Traunstein 2 (1977). – PA Kastner: Höhere Landesplanungsbehörde Oberbayern vom 10.07.1978.

⁷⁰ PA Kastner: Kastner (BN Kreisgruppe Altötting) an Landrat Neuötting vom 31.12.1974. – Südostbayerische Rundschau vom 13./14.07.1977.

⁷¹ PA Kastner: Bayerisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr (MWiV) an Höhere Landesplanungsbehörde Oberbayern vom 16.06.1977; Höhere Landesplanungsbehörde Oberbayern vom 10.07.1978.

⁷² Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 09.01.1975, vom 28.11.1978, vom 12.02.1979, vom 15.02.1979. – Süddeutsche Zeitung vom 18.08.1978. – Neue Warte am Inn vom 14.02.1979. – Flachgauer Nachrichten vom 13.11.1980.



Abb. 3: Aufkleber „Hände weg von der Salzach“. Das Plakat spielt sehr deutlich auf die Titelseite des Sammelalbums „Raubstaat England“ von 1941 an, in das Zigarettenbilder mit propagandistischen Motiven eingeklebt wurden.

Der Widerstand gegen den Ausbau der Salzach basierte in Bayern auf einem breiten regionalen Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Kommunen, in deren Mittelpunkt die „Aktionsgemeinschaft Schützt die Salzach“ (ASdS) stand, die im Wesentlichen von der Kreisgruppe Altötting des Bund Naturschutz in Bayern getragen wurde.⁷³ Die ASdS konzentrierte ihre Tätigkeiten zum einen auf Lobbyarbeit bei Behörden und Parteien, zum anderen unterhielt sie eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit.⁷⁴ Dabei präsentierte sie sich seriös, bodenständig und heimatverbunden, um für alle gesellschaftlichen und politischen Lager anschlussfähig zu sein. So waren ihre Großkundgebungen wie Volksfeste und Wallfahrten inszeniert und umfassten neben alternativ angehauchten Angeboten für die Jugend – wie Lagerfeuer, Auftritte von Liedermachern und Theatervorführungen – auch ein traditionelles Rahmenprogramm mit Volksmusik und -tanz, Böllerschüssen, Mahnfeuern sowie Protestfahrten auf der Salzach mit Kanus und Plätten.⁷⁵ Für den Fall einer positiven landesplanerischen Beurteilung durch die Regierung von Oberbayern war aber durchaus eine Verschärfung dieser Strategie vorgesehen gewesen. So beabsichtigte der Bund Naturschutz in Bayern unter anderem, ein Sperrgrundstück zu erwerben und mit Gerichtsklagen gegen das Projekt vorzugehen.⁷⁶

Im Unterschied zu Bayern engagierten sich auf österreichischer Seite mit dem Österreichischen Naturschutzbund (ÖNB) und dem Braunauer Alpenverein offenbar nur zwei Organisationen gegen den Ausbau der Salzach.⁷⁷ Protestkundgebungen fanden hier nicht statt; kritische Leserbriefe, etwa in der „Neuen Wacht am Inn“ stammten überwiegend aus Bayern.⁷⁸ Zu einer Kooperation zwischen österreichischen und bayerischen Ausbauegnern, die sich bei der Salzach als einem Grenzgewässer angeboten hätte, kam es in den Jahren 1975 bis 1978, dem Höhepunkt der Auseinandersetzung, kaum. Die Naturschützer standen zwar in Gedankenaustausch, konzentrierten sich jedoch, von Schreiben an die Regierung des Nachbarlandes abgesehen, auf das eigene Territorium. Eine grenzüberschreitende Demonstration im österreichischen Golling, die von der Jugend des ÖNB vorgeschlagen worden war, scheiterte im Dezember 1977 schon in der Planungsphase. Als Gründe hierfür wurden von den Akteuren die geringe Vorbereitungszeit, mangelndes Informationsmaterial sowie die als zu niedrig eingeschätzte potentielle Teilnehmerzahl genannt. Selbst der erfolgreiche Ausgang des bayerischen Raumordnungsverfahrens

⁷³ Zu den Gründungsmitgliedern gehörten die BN-Kreisgruppe Altötting, die Sektion Burghausen des Deutschen Alpenvereins, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, die Wanderfreunde Burghausen, der Heimatverein Burghausen, der Gewerbeverband Burghausen und der Bayerische Kanuverband. Später kamen der FDP-Ortsverein Burghausen sowie das Freizeithaus Burghausen hinzu. Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 12.04.1975.

⁷⁴ Vgl. PA Kastner. – *Hasenöhrl: Zivilgesellschaft und Protest* 377-400 (vgl. Anm. 4).

⁷⁵ Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 28.01.1975. – Süddeutsche Zeitung vom 06.05.1975, vom 26.09.1978.

⁷⁶ PA Kastner: Kastner (BN Kreisgruppe Altötting) an Seebauer (BN) vom 26.06.1978; Steininger (BN) an Kastner (BN Kreisgruppe Altötting) vom 07.07.1978.

⁷⁷ Oberösterreichische Nachrichten vom 29.07.1977. – Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 16.08.1977.

⁷⁸ Neue Wacht am Inn vom 07.03.1979. – PA Kastner.

wurde nicht gemeinsam gefeiert. Am „Fest auf der Salzach“ nahm lediglich ein Vertreter des ÖNB teil, die ebenfalls eingeladenen österreichischen Paddler waren zu Hause geblieben.⁷⁹

Die weitgehend ausgebliebene Zusammenarbeit wurde von den Akteuren durchaus als Manko empfunden. Entsprechend lag ein Handlungsschwerpunkt der im Juni 1979 mit Sitz in Burghausen und Salzburg gegründeten Nachfolgeorganisation „Aktionsgemeinschaft Schützt die Salzach Deutschland – Österreich“ auf der Aufklärung und Mobilisierung der österreichischen Bevölkerung. Zu einer systematischen Kooperation zwischen bayerischen und österreichischen Naturschützern sollte es jedoch erst ab den späten achtziger Jahren in der „Aktionsgemeinschaft Lebensraum Salzach“ kommen. Dabei stand nun zunehmend der Fluss als Ganzes – und namentlich dessen Renaturierung – im Mittelpunkt des Interesses.⁸⁰ Ähnliche Tendenzen können auch bei anderen grenzüberschreitenden oder Grenzflüssen ermittelt werden, etwa beim Lech oder der Brandenberger Ache.

Fazit

Die Geschichte der Wasserkraftnutzung in den Alpenländern Bayern und Österreich war eine Geschichte der Konflikte und Kompromisse. Einerseits riefen einzelne Projekte wie die Überleitung des Reißbachs in den Walchensee speziell in Bayern bereits in den ersten Nachkriegsjahren – also auf dem Höhepunkt der damaligen Energienot – erheblichen Widerspruch von Seiten des zivilgesellschaftlichen Naturschutzes und der betroffenen Kommunen hervor. Auf der anderen Seite wurden gerade bis Mitte der fünfziger Jahre zahlreiche Kraftwerke und Stauseen errichtet, ohne größere Unstimmigkeiten auszulösen – vor allem, wenn sie im Stande waren, einen bedeutenden Beitrag zur allgemeinen Energieerzeugung zu leisten. Die meisten Wasserkraftanlagen an den bayerisch-österreichischen Grenzflüssen, insbesondere am Inn und an der Donau, fielen in diese Kategorie. Ab dem Ende der fünfziger Jahre ging die Bereitschaft der Naturschützer, aber auch der einheimischen Bevölkerung, den weiteren Ausbau der (Vor-)Alpenflüsse hinzunehmen, allerdings rapide zurück, nachdem nun aus ihrer Sicht genügend energiewirtschaftliche Alternativen wie z. B. Mineralöl- oder Kernkraftwerke zur Verfügung standen.

Diese Entwicklung setzte in Bayern mit seinem deutlich kleineren Anteil am Alpenraum früher ein als in Österreich. Bereits in den sechziger Jahren war hier kein alpiner Wildfluss mehr vollständig in seiner ursprünglichen Dynamik – und damit

⁷⁹ PA Kastner: Naturschutzbeauftragter Braunau, ÖNB vom 04.04.1976; Kastner (BN Kreisgruppe Altötting) an M. vom 26.11.1977; Bericht Österreichische Naturschutzjugend Salzburg vom 28.11.1977; Seebauer (BN) an verschiedene Vereine vom 28.11.1977; Kastner (BN Kreisgruppe Altötting) an Seebauer (BN) vom 04.12.1977; ASdS Kreisgruppe Burghausen an L. vom 15.01.1982; Oberösterreichische Nachrichten vom 29.07.1977; Aufruf. In: *Natur + Umwelt* 2 (1978) B9.

⁸⁰ PA Kastner: Satzung ASdS vom 20.06.1979; ASdS vom 20.06.1979; Pressemitteilung ASdS von 1979; Regierung von Oberbayern, Medieninformation 204 vom 31.07.2003; Alt-Neuöttinger Anzeiger vom 21./22.06.1986, vom 06.08.1998, vom 01.08.2000, vom 30.03.2001; Südostbayerische Rundschau vom 18./19.03.1988. – Schmid, Kurt/Siebert, Andrea: Jahrhundertchance für die Salzach. In: *Natur + Umwelt* 2 (2003) 34 f.

auch in seiner Tier- und Pflanzenwelt – erhalten.⁸¹ Hinzu kam, dass der Voralpenraum in Bayern eine größere Bedeutung für das Selbstbild des Landes besaß. In Österreich standen dagegen vor allem das Hochgebirge, die Bergseen des Salzkammerguts sowie die Donau im Mittelpunkt der nationalen Identität. Voralpenflüsse wie Salzach oder Inn spielten hier offenbar eine eher untergeordnete Rolle.⁸² Umgekehrt war die Wasserkraft in Österreich – auch aufgrund ihrer bedeutenderen Rolle für die Energiepolitik des Landes – sehr viel stärker symbolisch aufgeladen. Speziell der Bau des Kraftwerks Kaprun wurde in den fünfziger Jahren geradezu zum Sinnbild des österreichischen Wiederaufbaus und als heroischer Sieg über die Natur stilisiert.⁸³ Das Fortschrittsnarrativ war in Bayern viel schwächer ausgeprägt, im Zusammenhang mit Wasserkraftprojekten dominierten hier eher die Verlust-erzählungen. Entsprechend wurden die Vor- und Nachteile der Wasserkraftnutzung in beiden Ländern bis in die siebziger Jahre hinein unterschiedlich bewertet.

Der Lebensraum der (vor-)alpinen Flusslandschaften erfuhr in den siebziger und achtziger Jahren eine Um- und Aufwertung. Die Umwelt- und Anti-AKW-Bewegungen sensibilisierten in dieser Zeit immer breitere Bevölkerungsschichten für ökologische Fragestellungen und die zweifelhaften Folgen des ökonomischen Wachstumsparadigmas.⁸⁴ In Österreich bildete die Kampagne gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf einen doppelten Wendepunkt für die Bewertung der Wasserkraft.⁸⁵ Einerseits gewann diese nach dem Verzicht auf eine nukleare Energieerzeugung in der Energiepolitik des Landes weiter an Bedeutung und wurde von den österreichischen Regierungen entsprechend vorangetrieben. Andererseits intensivierten sich nun aber auch die Proteste gegen den Ausbau der Flüsse (z. B. Kontroversen um das Donau-Laufkraftwerk in der Wachau 1972-1982, um ein Speicherkraftwerk im Dorfertal 1978-1987 sowie eine Wasserkraftanlage im Kamptal 1980-1983).⁸⁶ In Österreich wie in Bayern erreichten die Dispute um die Wasserkraft in den achtziger Jahren ihren vorläufigen Höhepunkt mit den Konflikten um Hainburg an der Donau (1983-1986) in Niederösterreich sowie den Ausbau des Rhein-Main-Donau-

⁸¹ Müller, Norbert: Veränderungen alpiner Wildflußlandschaft in Mitteleuropa unter dem Einfluß des Menschen. In: *Ders.: Der Lech. Wandel einer Wildflußlandschaft.* Augsburg 1991, 10-29.

⁸² Zu österreichischen „Landschaftsmoden“ siehe Kos, Wolfgang: Imagereservoir Land-schaft. Landschaftsmoden und ideologische Gemütslagen seit 1945. In: *Sieder, Reinhard/Steinert, Heiner/Tálos, Emmerich* (Hgg.): Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. Wien 1995, 599-624, hier 601, 611.

⁸³ *Ebenda* 609.

⁸⁴ *Kok:* Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich 9-14 (vgl. Anm. 4). – *Kupper, Patrick:* Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst. Zürich 2003, 131-137. – *Schmid/Veichtlbauer:* Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung 39 (vgl. Anm. 7). – *Hasenöbrl:* Zivilgesellschaft und Protest (vgl. Anm. 4). – *Kuchler, Andreas:* Die Umweltbewegung (1965-1985). Österreich im postmateriellen Zeitalter. In: *Rathkolb/Hufschmied* (Hgg.): Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft 226-232 (vgl. Anm. 4).

⁸⁵ Zu Zwentendorf siehe: *Kok:* Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich 226-232 (vgl. Anm. 4). – *Kuchler:* Zwentendorf (1968-1986) (vgl. Anm. 62).

⁸⁶ *Kok:* Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich 226-232 (vgl. Anm. 4). – *Veichtlbauer:* Environmental History Timeline Austria (vgl. Anm. 58).

Kanals in Bayern. Schmid und Veichtlbauer bezeichnen die Auseinandersetzung um Hainburg gar als „politisches und gesellschaftliches Jahrhundertereignis, das zu einer heftigen Politisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse führte“.⁸⁷ Beispielsweise wurde im Dezember 1984 die Hainburger Au besetzt, 1985 kamen beim Konrad-Lorenz-Volksbegehren gegen das Kraftwerk 353 000 Unterschriften zusammen.⁸⁸

Während vormals landschaftsästhetische Aspekte die Diskurse dominiert hatten, rückten ab den neunziger Jahren mehr und mehr die Flüsse als Gesamtgefüge und komplexe Ökosysteme in den Vordergrund. Diese Tendenz wurde von europäischen Entwicklungen wie der Verabschiedung der Wasserrahmenrichtlinie im Jahre 2000 und der Förderung grenzüberschreitender regionaler Kooperationen weiter vorangetrieben.⁸⁹ Im Zuge dieser Maßnahmen nahm auch die Zusammenarbeit zwischen dem bayerischen und dem österreichischen Naturschutz deutlich zu. Zuvor war man überregionalen Organisationsformen oder einer gemeinschaftlichen Vorgehensweise eher skeptisch gegenübergestanden, um der gemeinsamen Sache nicht womöglich durch die „Einmischung“ in die Angelegenheiten des Nachbarlandes unbeabsichtigt zu schaden. Bis in die achtziger Jahre hinein war eine offene bayerisch-österreichische Kooperation daher eher ein Kennzeichen der Energiewirtschaft als des (zivilgesellschaftlichen) Naturschutzes gewesen.

Abbildungsnachweis

Abb. 1: Wasserkraftanlagen in Bayern mit Ausbauleistung über 1 000 kW. Quelle: Bayerisches Landesamt für Umwelt. Quelle: <http://www.lfu.bayern.de/wasser/wasserkraft/index.htm> (letzter Zugriff 01.04.2014).

Abb. 2: Demonstration der Not- und Schutzgemeinschaft Lofer-St. Martin gegen den Bau des Saalach-Kraftwerkes. Quelle: <http://www.saalacherlebniswelt.com/Lofer1/lofer1.html> (letzter Zugriff 01.04.2014).

Abb. 3: Aufkleber „Hände weg von der Salzach“ – Das Motiv spielt auf das Titelbild des 1941 erschienenen Buches „Raubstaat England“ an. Quelle: PA Kastner.

⁸⁷ Schmid/Veichtlbauer: Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung 35-42, hier 36 f. (vgl. Anm. 7).

⁸⁸ Kuchler, Andreas: Hainburg (1980-1985). Menschen und Medien kippten ein Megaprojekt. In: Rathkolb/Hufschmied (Hgg.): Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft 245-256 (vgl. Anm. 4). – Veichtlbauer: Environmental History Timeline Austria, 12 f. (vgl. Anm. 58).

⁸⁹ Exemplarisch: Wasserrahmenrichtlinie und Natura 2000. Gemeinsame Umsetzung in Deutschland und Österreich am Beispiel der Grenzflüsse Salzach und Inn. Ergebnisse des F+E Vorhabens 806 82 220 des Bundesamtes für Naturschutz. Hrsg. v. Bundesamt für Naturschutz. Bonn-Bad Godesberg 2010.